

ÜBERREGIONALE DEMONSTRATION IN HEIDELBERG

GAZA:

MASSAKER, AUSHUNGERN, VERTREIBUNG STOPPEN!

**Kriege gegen Iran, Syrien und Libanon beenden!
Schluss mit Waffen und Beihilfe aus Deutschland!
Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten!**



© OCHA/Themba

***Alle roten Linien sind überschritten, kommt in Rot, rotes T-Shirt,
Rock, Hose oder Tuch nach Heidelberg!***

SA. 5. JULI 2025

ab 14.00 Uhr | Park bei der Stadtbücherei, Heidelberg
(unweit Straßenbahnhaltestelle „Stadtbücherei“)

u.a. mit Tsafir Cohen (medico) und Prof. Helga Baumgarten (Birzeit Universität)

Abschluss: ca. 15.30 auf dem Karlsplatz (unweit des S-Bhf. „Heidelberg-Altstadt“)

Es rufen im Rahmen der Friedensvernetzung-Südwest u.a. auf: Friedensbündnis Heidelberg, pax christi Rottenburg-Stuttgart, Gesellschaft Kultur des Friedens und Friedensbündnis Karlsruhe

unterstützt u.a. von: AK Palästina Tübingen, Arbeitskreis Frieden verdi Stuttgart, Attac Aschaffenburg, Linksjugend solid HD, Die Linke Heidelberg / Badische Bergstraße, DKP Ba.-Wü., Forum Friedensethik Baden, Mahnwache Ellwangen, Students for Palestine HD, Verein Flüchtlingskinder im Libanon.

Der Gazastreifen wird dem Erdboden gleichgemacht, das palästinensische Volk ist in höchster Not. Wie viele Kinder in Palästina sollen noch sterben?

Seit mehr als eineinhalb Jahren nutzt die rechtsextreme israelische Regierung das Massaker der Hamas vom 7. Okt. 2023 als Rechtfertigung für ihren vernichtenden Krieg gegen die gesamte Bevölkerung. Offen verkündetes **Ziel** ist deren **Vertreibung**.

Mehr als 60.000 Tote wurden durch israelische Angriffe getötet – mehr als die Hälfte Frauen und Kinder. Weit mehr starben bereits an Unterernährung, Seuchen und fehlenden Behandlungsmöglichkeiten.

Die meisten **gesundheitlichen Einrichtungen** wurden **zerstört**, medizinisches Personal, UN-Mitarbeitende und Journalisten werden zum Teil gezielt von israelischen Truppen getötet.

UN-Experten und Menschenrechtsorganisationen wie *amnesty international* werten das israelische Vorgehen im Gazastreifen als **Völkermord**.

Der **Internationale Gerichtshof** (IGH) erklärte den **Vorwurf** im Januar 2024 für begründet und **plausibel**.

Dennoch hat Israel die Kriegsführung noch verschärft und **Deutschland liefert** nach den USA den zweitgrößten Anteil an **Waffen**, stellt sich gegen Strafbefehle und jegliche EU-Sanktion gegen Israel.

Der Rest der Welt schaut fassungslos auf die deutsche Haltung. Namibia wirft Deutschland Unfähigkeit vor, „Lehren aus seiner grausamen Geschichte zu ziehen“.

Gleichzeitig weitet die israelische Regierung ihre **koloniale Siedlungspolitik** des **Landraubs** und der **Vertreibung** aus und hat im illegal besetzten Westjordanland bereits über 40.000 Menschen vertrieben.

Minister Katz droht sogar mit einem israelischen Staat im Westjordanland.

Israel führt seine **Angriffe im Libanon** unter Bruch eines Waffenstillstands fort, bombardiert und besetzt Teile **Syriens** und droht mit seiner **völkerrechtswidrigen Aggression gegen den Iran** einen Flächenbrand auszulösen. Auch hier macht sich die Bundesregierung durch ihr Schweigen mitschuldig.

Es reicht! Keine Komplizenschaft mit Völkerrechtsverbrechen!

Wir fordern

- sofortige Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und umfassende humanitäre Hilfe.
- Einen sofortigen und umfassenden Waffenstillstand.
- Freilassung der israelischen Geiseln und der Tausenden palästinensischen Gefangenen in Israel.
- Ende der Besatzung und des Siedlungsbaus.
- Einstellung der Angriffe auf Iran, Syrien und Libanon und Jemen
- Ende der Straflosigkeit für Völkerrechtsbrüche, Kriegsverbrechen und Völkermord.

Wir verlangen insbesondere von der Bundesregierung und der EU

- Stopp der Waffenlieferungen und der militärischen Zusammenarbeit mit Israel.
- keine Zusammenarbeit mit Firmen, die von Krieg und Besatzung profitieren.
- Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel.
- Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung.
- keine Repression gegen die Palästina-Solidarität, sondern Meinungs- und Versammlungsfreiheit.
- aktive Unterstützung von palästinensischen und israelischen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen.